

Sozialdemokratische Partei Deutschland Kreis Hamburg-Mitte - Beschluss Kreisdelegiertenkonferenz 05.02.2010

Moderne Hochschulpolitik nah bei den Menschen

- A) Ausgangssituation: Viele Probleme und niemand packt sie an

Die Studierendenproteste die im Jahr 2009 an Hochschulen in ganz Deutschland stattfanden, haben gezeigt: Die hochschulpolitischen Reformen der letzten Jahre wurden überhastet durchgeführt ohne dabei die Menschen im Blick zu haben, die von den politischen Rahmenvorgaben betroffen sind. Hochschulverwaltungen fühlen sich überlastet, Lehrende und Studierende sehen sich mit zunehmendem Leistungs- und Erfolgsdruck konfrontiert.

In dieser Situation erlebt Hamburg eine Wissenschaftssenatorin, die ideenlos und technokratisch die Missstände ihres Vorgängers, Jörg Dräger, verwaltet, anstatt mutig die bestehenden Probleme anzugehen. Dabei bedient sich Herlind Gundelach nicht mal mehr ihrer eigenen Behörde, sondern lagert inhaltliche Arbeit an Dritte aus, in der Hoffnung, dass sich durch bezahlte Gutachten und eingesetzte Kommissionen die Probleme schon irgendwie lösen ließen. Obwohl schon seit langem bekannt ist, an welchen Stellen nachgesteuert werden muss, wird die dringend notwendige Reform der Bachelor-Master-Studiengänge erstmal von einer von Gundelach eingesetzten Kommission besprochen. Anstatt aus dem Zuständigkeitsdesaster an der Universität, das im Aufstand gegen die ehemalige Uni-Präsidentin Auweter-Kurtz gipfelte die Konsequenzen zu ziehen und das Hamburger Hochschulgesetz zu reformieren, wird ein bereits vorliegender Gesetzesentwurf von der Wissenschaftsbehörde zurück gezogen und auch hier erstmal eine Kommission eingerichtet. Bei der Diskussion um die bauliche Entwicklung der Universität wird für eine Million Euro ein tendenziöses Gutachten bestellt, während Alternativvorschläge von Handelskammer und Bezirken abgeblockt werden.

All dies zeichnet das Bild einer Hochschul- und Wissenschaftspolitik, die sich vor notwendigen Entscheidungen drückt und zunehmend aus dem Auge verliert, worum es eigentlich geht: Positive und soziale Rahmenbedingungen für Erfolge in Forschung, Lehre und Studium zu schaffen!

Wir wollen das ändern! Wir setzen uns für eine Hochschul- und Wissenschaftspolitik ein, die die bestehenden Missstände mutig angeht und die Interessen von Lehrenden, Studierenden und Hochschulverwaltungen endlich ernst nimmt.

- B) Unsere wichtigsten Forderungen für einen sozialen Wandel in der Hochschulpolitik:

Die Studierendenproteste die im Jahr 2009 an Hochschulen in ganz Deutschland stattfanden, haben gezeigt: Die hochschulpolitischen Reformen der letzten Jahre wurden überhastet durchgeführt ohne dabei die Menschen im Blick zu haben, die von den politischen Rahmenvorgaben betroffen sind. Hochschulverwaltungen fühlen sich überlastet, Lehrende und Studierende sehen sich mit zunehmendem Leistungs- und Erfolgsdruck konfrontiert.

- 1. Unsoziale und ineffektive Studiengebühren abschaffen!

Das schwarz-grüne Studiengebühren-System ist eine Verschlimmbesserung der alten CDU-Regelung. Zwar müssen jetzt statt 500 Euro pro Semester „nur“ noch 375 Euro abgeführt werden. Dafür wurden zahlreiche Befreiungstatbestände (z.B. für Studierende mit Kindern) gestrichen. Das Darlehensmodell der Wohnungsbaukreditanstalt hilft allenfalls der Bank, nicht aber den Studierenden. Einmal mehr belegen aktuelle Studien nun: Studiengebühren schrecken von der Aufnahme eines Studiums ab, sie erhöhen den finanziellen Druck auf die Studierenden und befördern Studienabbrüche.

Wir fordern daher erneut: Allgemeine Studiengebühren gehören abgeschafft! Das dadurch fehlende Geld ist den Hochschulen aus öffentlichen Mittel zu ersetzen.

- 2. Reform des Bachelor-Master-Systems an den Interessen der Studierenden ausrichten!
Überfrachtete Lehrpläne, zu viele Prüfungen, mangelhafte Studierbarkeit, keine Verbesserungen bei der Mobilität: Die Probleme der Bachelor- und Masterstudiengänge sind seit langem hinreichend bekannt. Immer wieder weisen die Studierenden auf Missstände hin und fordern Verbesserungen. Die von der Wissenschaftsbehörde eingesetzte Reformkommission sollte bis Ende 2009 konkrete Ergebnisse vorlegen, passiert ist jedoch nichts.

Wir fordern: Die Reform der Bachelor-Master-Studiengänge muss mit Hochdruck voran getrieben werden! Dabei sind die bisherigen Erfahrungen der Studierenden besonders ernst zu nehmen: Mit den Menschen vor Ort zu sprechen hilft mehr, als jede Kommission!

- 3. Uni-Standort: Gesamtkonzept statt Standortkompromiss!
Die Debatte um die bauliche Entwicklung der Universität wurde von Anfang an falsch geführt: Was ist die richtige Entscheidung aus Sicht der Universität? Welche Anforderungen gibt es an die Universität der Zukunft und welche Konsequenzen hat das für die bauliche Entwicklung? Diese Fragen blieben bis heute unbeantwortet. In der Folge ging es in der Diskussion daher fast ausschließlich um die stadtentwicklungspolitische Dimension der baulichen Entwicklung der Universität, nicht jedoch um die wissenschaftspolitische. Zudem wurde die Entscheidung immer weiter vertagt. Nun scheint sich im Senat und den Regierungsfractionen eine Tendenz zu einer Teilverlagerung abzuzeichnen.

Wir fordern: Die Universität braucht für ihre Zukunft eine baldige Entscheidung, wie ihre bauliche Zukunft aussieht. Das entscheidende Kriterium muss dabei die Zukunftsfähigkeit der Universität sein. Die zu treffende Entscheidung legt die Universität in ihrer Entwicklung für die nächsten 50 oder gar mehr Jahre fest. Die Standortfrage muss so daher beantwortet werden, dass der Uni auch für die nächsten Jahrzehnte noch Spielräume für jetzt noch nicht absehbare Entwicklungen, Erweiterungsnotwendigkeiten und eine räumliche Flexibilität bleiben. Nur wenn die Universität sich mit ihren wissenschaftspolitischen Bedarfen auch flexibel weiter entwickeln kann und nicht in einem baulichen Korsett fest hängt, wird sie langfristig im nationalen und internationalen Wettbewerb auf einer Spitzenposition mithalten können. Der Standort Eimsbüttel ist in seiner historischen Gewachsenheit zu erhalten und umfangreich mit Neubauten zu modernisieren. Sollten sich Verlagerungen einzelner Teile der Universität (z.B. der MIN-Fakultät) nicht vermeiden lassen, ist darauf zu achten, dass die notwendige Interdisziplinarität nicht darunter leidet.

- 4. Mehr Exzellenz in der Lehre!
Während in den letzten Jahren insbesondere durch das Exzellenzprogramm von Bund und Ländern unter Einsatz von nicht unerheblichen finanziellen Ressourcen etwas dafür getan wurde, Anreize für exzellente Forschung zu schaffen, um den Hochschulstandort Deutschland nach vorn zu bringen, lässt ein vergleichbares Programm für die Lehre nach wie vor auf sich warten. Der Hamburger Senat hat sich nach zwei Jahren Vorlaufzeit zu der Auslobung von Lehrpreisen im Gesamtvolumen von jährlich 140.000 Euro durchgerungen. Dem stehen allerdings Einsparungen am Zentrum für Hochschul- und Weiterbildung (ZHW) gegenüber. Die bisherigen Anstrengungen der Hochschulen, auf zentraler und dezentraler Ebene auf eine Verbesserung der Qualität der Lehre hinzuwirken, sind anzuerkennen. Beispielhaft sei hier der Erfolg der HAW beim Bundeswettbewerb „Exzellente Lehre“ genannt. Allerdings gibt es bisher kein umfassendes Konzept, die Hochschullehre in Hamburg ganzheitlich und nachhaltig zu verbessern.

Wir fordern: Die flächendeckende und umfassende Evaluation der Lehre, den Ausbau des Zentrums für Hochschul- und Weiterbildung (ZHW) an der Universität Hamburg zu einem „Kompetenzzentrum Hochschullehre“, die Einführung eines Systems der Zertifizierung von Lehrkompetenzen verbunden mit einem materiellen Anreizsystem für gute Lehre und die Verbesserung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

- 5. Angebote für berufsbegleitendes Lernen ausbauen!

Die Nachfrage nach Angeboten berufsbegleitender Studiengänge und wissenschaftlicher Weiterbildung ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und wird in Zukunft noch weiter wachsen. Die klassische Form eines Vollzeit-Studiums gehört schon heute immer mehr der Vergangenheit an. In Zeiten zunehmender Flexibilisierung der Lebens- und Arbeitsverläufe, stehen die Hochschulen vor der Aufgabe, passende Angebote zu entwickeln. Bisher wird der Bereich der berufsbegleitenden Studiengänge und wissenschaftlicher Weiterbildung von den staatlichen Hochschulen nur unzureichend abgedeckt. Stattdessen sind die Angebote privater Anbieter in den letzten Jahren stark gewachsen.

Wir fordern: Der Markt der wissenschaftlichen Weiterbildung darf nicht privaten Anbietern überlassen werden. Hamburg braucht umfassende Angebote für berufsbegleitendes Lernen auch an staatlichen Hochschulen. Dafür braucht es ein hamburgweites Gesamtkonzept, wie die Nachfrage in Zukunft gedeckt werden soll. Die Hochschulen sind rechtlich und finanziell in die Lage zu versetzen, attraktive Angebote zu entwickeln.

- 6. Forschung an Fachhochschulen stärken!

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL wurde festgehalten, dass das Promotionsrecht für Fachhochschulen im Rahmen eines Modellversuchs eingeführt werden soll, indem die HAW „für einzelne Exzellenzbereiche in einem Modellversuch die Promotionsbefugnis“ erhält. Bisher wurde diese Zusage noch nicht umgesetzt. Auch die bisherigen Einlassungen der Wissenschaftssenatorin waren hinsichtlich des Promotionsrechts für Fachhochschulen eher von starker Skepsis geprägt. Im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung technischer und praxisorientierter Studiengänge ist es allerdings notwendig, auch die Forschung an Fachhochschulen zu stärken. Die derzeitige Rechtslage führt allenfalls dazu, dass die betroffenen Hochschulen durch Kooperationen mit promotionsberechtigten Universitäten im in oder Ausland die bisherigen Regelungen versuchen zu umgehen. Dies ist weder im Interesse der Promovierenden, noch des Hochschulstandorts Hamburg.

Wir fordern: Die Realisierung des im Koalitionsvertrag zugesagten Modellversuchs für ein Promotionsprogramm an der HAW noch in dieser Legislaturperiode, sowie bei dessen Erfolg eine Ausweitung des Promotionsrechts für Fachhochschulen.

- 7. Hochschulzugang ohne Abitur ausweiten!

Die bestehenden Möglichkeiten, ohne Abitur an einer Hamburger Hochschule zu studieren, werden stark nachgefragt und genutzt. Es war immer unser Ziel, die Hochschulen weiter zu öffnen und noch mehr Menschen ohne Abitur die Aufnahme eines Studiums zu ermöglichen.

Wir fordern daher, die Möglichkeit des Studiums ohne Abitur an staatlichen Hochschulen rechtlich für alle Studiengänge zu ermöglichen und die Zugangsquoten schrittweise zu erhöhen. Außerdem ist das bisherige Bewerbungs- und Zulassungsverfahren zu überprüfen, bestehende bürokratische Hürden sind abzubauen.

Drucksache (D)
Antragsteller: SPD Billstedt

Für Kontakt und Fragen:
www.kuehn-spd.de